

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das deutsche Schulsystem – und in diesem Fall das hessische – steckt voller Absurditäten und falschen Prioritätensetzungen. Und das betrifft nicht nur die Tatsache, dass in diesem Land immer noch die soziale Herkunft wesentlich über den Bildungserfolg entscheidet und die Institution Schule die bestehende soziale Ungleichheit zementiert, sondern es manifestiert sich auch in den ungleichen Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte der einzelnen Schulformen.

Dass z.B. ausgerechnet hessische Grundschullehrkräfte, die pädagogisch in einem besonders fordernden Umfeld und unter besonders hohen Belastungen arbeiten, mit 28,5 Stunden pro Woche die höchste Pflichtstundenzahl zu leisten haben, gefolgt von FörderschullehrerInnen mit 27,5 Stunden, weit mehr als eine Gymnasiallehrkraft mit überwiegendem Einsatz in der SEK II, spricht Bände im Hinblick darauf, welche pädagogische Arbeit von der Landesregierung besonders wertgeschätzt wird und welche nicht. Und dass gerade die Lehrkräfte im Grundschulbereich dann auch noch hinsichtlich der Besoldung mit A12 deutlich schlechter gestellt sind als ihre KollegInnen in allen anderen Schulformen mit A13, ist eine Ungerechtigkeit, die eigentlich fachlich schon lange niemandem mehr vermittelbar ist. Und dies umso mehr, als die ungleiche Bezahlung auch eine patriarchale Hierarchie aufzeigt, denn im Grundschulbereich ist der Frauenanteil am höchsten unter allen Stufen und Schulformen. Es zeigt sich also mal wieder das, was auch in den Sozial- und Erziehungsdiensten gilt: Die überwiegend von Frauen geleistete pädagogische Arbeit, die die Grundlage für alle anderen Bildungs- und Sozialisationsprozesse ist, wird am schlechtesten bezahlt und ist noch dazu gekennzeichnet durch die schwierigsten Arbeitsbedingungen.

Seit Jahren herrscht insbesondere an hessischen Grundschulen ein eklatanter Lehrkräftemangel. Dieser geht mit einer immensen Belastung der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Schulleitungen einher. Dies führt unter anderem zu chronischer Überlastung, die auch gesundheitliche Folgen mit sich bringt. Dies wird sich in den nächsten Jahren noch verstärken, nicht zuletzt durch den bevorstehenden Rechtsanspruch auf Ganztagsunterricht.

Wie der Antwort auf eine Große Anfrage der Linken im hessischen Landtag entnommen werden kann, gingen beinahe 70% der im Schuljahr 2019/20 pensionierten Grundschullehrkräfte vorzeitig in den Ruhestand. Es ist immer ein schlechtes Zeichen, wenn die Zustände in einem Berufsfeld so sind, dass die überwiegende Mehrzahl der Beschäftigten es einfach nicht aushält, ihren Beruf ihr Leben lang bis zur Rente bzw., Pensionierung auszuüben, weil sie irgendwann einfach chronisch erschöpft und ausgebrannt sind, an berufs- und stressbedingten Erkrankungen leiden und einfach nicht mehr können. Soll das etwa die Fürsorge des Dienstherrn für die Bediensteten des Landes Hessen sein?

Hinzu kommt, dass aktuell mehr als 10% der in den hessischen Grundschulen Unterrichtenden nicht über ein zweites Staatsexamen verfügen. Überall müssen Lücken gestopft werden, ist fachfremder Unterricht inzwischen an der Tagesordnung, schreitet, durch

den Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal, die schleichende Dequalifizierung der schulischen Arbeit voran – und das bei deutlich gestiegenen Anforderungen und pädagogischen Herausforderungen, die gerade nach einer erheblichen Aufwertung der Profession verlangen. Das ist absurd, destruktiv und bildungspolitisch perspektivlos und die Verantwortung dafür trägt das Kultusministerium und die herrschende Bildungspolitik! Das ist nicht unbedingt nur an den Grundschulen der Fall, aber besonders dort – und besonders an den Grundschulen sind die negativen Auswirkungen dieser Situation besonders langfristig zu spüren, nicht nur für die KollegInnen, sondern gerade auch im Hinblick auf die Bildungsperspektiven der Schülerinnen und Schüler.

Warum wohl ist der Lehrkräftemangel an den Grundschulen besonders ausgeprägt? Hat es tatsächlich damit zu tun, dass es irgendwie spannender ist, SchülerInnen das Interpretieren expressionistischer Großstadtlyrik beizubringen als ihnen die grundlegenden Lese- und Schreibkompetenzen zu vermitteln? Oder muss man nicht viel eher fragen: Wer tut sich das eigentlich an, unter diesen Bedingungen an einer hessischen Grundschule zu unterrichten und dabei auch noch unter anderem durch die geringere Bezahlung permanent vor Augen geführt zu bekommen, wie gering eigentlich die Wertschätzung durch den Dienstherrn für die eigene Arbeit ist?

Die Corona-Situation hat die immense Arbeitsbelastung der KollegInnen auch nochmal deutlich verstärkt, zahlreiche Überlastungsanzeigen aus den Grundschulen, die das Kultusministerium bisher weitgehend ignoriert hat, sprechen hier eine deutliche Sprache. Deswegen muss eine Reduzierung der Pflichtstunden ebenso angegangen werden wie die Verkleinerung von Lerngruppen.

Und nicht nur angesichts des Lehrkräftemangels gilt: Wer über mehr qualifiziertes Personal verfügen will, muss die Profession attraktiver machen, Arbeitsbedingungen bieten, die mehr als nur gerade so erträglich und bis zum regulären Pensionsalter lebbar sind und auch die Bezahlung verbessern. A13 als Einstiegsbesoldung für alle Grundschullehrkräfte wäre eine von mehreren Voraussetzungen, um diesem Ziel näherzukommen. Und wer dann auch noch Schulleitungsstellen im Grundschulbereich besetzen will, sollte dafür sorgen, dass auch dafür anständig bezahlt wird!

DIE LINKE hat im hessischen Landtag einen Antrag eingebracht, der neben dem Kernpunkt der Höherstufung der Grundschullehrkräfte auf A13 noch zahlreiche weitere Maßnahmen vorsieht, um Lehrkräfte zu entlasten, Lerngruppen zu verkleinern und Ausbildungskapazitäten im Grundschullehramt auszubauen. Wie die schwarz-grüne Mehrheit im Landtag sich dazu verhalten wird, ist leider absehbar. Eine Landesregierung, die gerade vier Milliarden Euro mit Zinsderivatgeschäften verzockt hat, ist gleichzeitig absehbar nicht bereit, dringend benötigte Ressourcen für die Zukunft der schulischen Bildung bereitzustellen und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Skandal, der noch viel weitergehend ist, als eine desaströs gescheiterte Zinsstrategie!

Viel wichtiger als gute Anträge ist aber der außerparlamentarische Druck aus den Schulen und von der Straße, der verdeutlicht, dass die KollegInnen sich diese Ungerechtigkeiten und diese Arbeitsbedingungen auf die Dauer nicht mehr bieten lassen und die Mobilisierung einer gesellschaftlichen Öffentlichkeit, die sich für angemessene gute Bedingungen für Bildung und Erziehung einsetzt, weil es dabei nicht nur um die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte geht, sondern auch um gute Bildung für die eigenen Kinder, Bildungsgerechtigkeit und eine Schule die Allen Chancen, Orientierung und Perspektiven bietet.

A13 für Grundschullehrkräfte ist ein Baustein für eine Schule mit Perspektive und dafür setzen wir uns ein, als LINKE, als GewerkschafterInnen, als KollegInnen aus unterschiedlichsten Schulformen und zwar so lange bis die Gleichbehandlung der KollegInnen erkämpft ist. Der Würfel muss fallen und die Durchsetzung der Gleichbehandlung der Lehrämter ist erst der erste Schritt zu einem demokratischen, sozialen und gerechten Schulsystem!